

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt

Nr. 7 und 8 - 17. Juli 2012



Dr. Barbara Höll und Axel Troost unterwegs auf der Tour der Bundestagsfraktion

Dr. Barbara Höll – Die Frau für Leipzig

Nach einer 19monatigen Ankündigungsstrategie hat die Leipziger CDU mit der Nominierung des Polizeipräsidenten als ihren Kandidaten für die Leipziger Oberbürgermeisterwahlen am 23. Juni die rechtspopulistische Katz aus dem Sacke gelassen. Im Sinne der demokratischen Kultur ist es sicher zunächst erfreulich, dass es der CDU gelungen ist, endlich überhaupt einen Kandidaten für das höchste Amt in unserer Stadt zu finden - das belebt den politischen Wettbewerb. Die Gefahr allerdings, dass Horst Wawrzynski unter Missbrauch seines Amtes nicht nur in der Drogenpolitik und beim Thema der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern weiterhin mit den Ressentiments der Leipzigerinnen und Leipziger spielen und einen straffen „Law and Order“-Wahlkampf führen wird, ist ziemlich groß. Ob ein reiner Ordnungspolitiker wie Wawrzynski ein guter Bürgerpolitiker mit breiter Themenpalette für eine weltoffene Großstadt wie Leipzig wäre, darf ernsthaft bezweifelt werden. Auch beamtenrechtlich ist die Kandidatur nicht unumstritten. Völlig zu Recht forderte unser Landesvorsitzender Sprecher Rico Gebhardt den Polizeipräsidenten auf, sich mit sofortiger Wirkung beurlauben zu lassen. Darüber hinaus machte der innenpolitische Sprecher unserer Landtagsfraktion darauf aufmerksam, dass die bisherige polizeiliche Strategie bei der Bekämpfung der

Drogenkriminalität in Leipzig gescheitert ist. Nicht nur in diesem Bereich ist die Aufklärungsquote katastrophal; Wawrzynskis Image als „Aufräumer“ beruht auf weitgehender Unkenntnis der Polizeilichen Kriminalstatistik in unserer Stadt. Die drohende Polarisierung des Wahlkampfes zwischen zwei (westdeutschen) Männern ist für die Leipziger LINKE und ihre Kandidatin Dr. Barbara Höll nicht ungefährlich. Erst unlängst konnte man bei den OBM-Wahlen in Halle am 1. Juli sehen, wie bei einer (medialen) Fixierung auf ein Duell zweier vermeintlich starker Kandidaten die LINKE ins Hintertreffen geraten kann. Das darf und wird uns aber in Leipzig nicht passieren, zumal wir mit den OBM-Wahlen am 27. Januar 2013 eine große Verantwortung dafür haben, am Anfang des Bundestagswahljahres mit einem guten Ergebnis ein positives Signal für die Gesamtpartei mit einem weit über die Stadt weisenden Aufmerksamkeitswert zu senden. Ganz in diesem Sinne hat der Stadtvorstand schon intensive Diskussionen zu unserer Wahlkampfstrategie geführt und mit der Berufung des Wahlstabes auch die personellen Weichen für die Organisation des Wahlkampfes gestellt. Nun kommt es darauf an, dass sich der gesamte Stadtverband auf den Wahlkampf einstellt und frühzeitig den Dialog mit möglichst vielen Leipzigerinnen und Leipzigern führt. Mit der im Heft abgebildeten Bürgerpostkarte und der damit

verknüpften Diskussion des Entwurfs des Wahlprogramms von Barbara Höll geben wir dafür den richtigen Startschuss. Parallel müssen wir erste inhaltliche Botschaften an die Stadtgesellschaft senden. Leipzig muss endlich raus aus den Negativ-Schlagzeilen und zurück auf gute Plätze zu wirklich wichtigen Themen. Es muss endlich Schluss sein mit der Endlosschleife einer drittklassigen Polit-Soap durch den jetzigen Oberbürgermeister. Leipzig braucht seriöse, bürgernahe Kommunalpolitik, und dafür steht unsere Kandidatin. Leipzig wächst, doch die Einkommen der Leipzigerinnen und Leipziger wachsen nicht. Deshalb ruht die weitere Entwicklung auf einem wackligen Fundament. Dieser Zustand ruft geradezu nach einer Änderung. Die Stadt braucht Perspektiven. Wenn ständig mehr Kraft für den Rückblick als für den Weitblick verwandt wird, macht sich Lethargie breit. Wir werden gemeinsam mit Barbara Höll wieder Schwung in die Stadtpolitik bringen. Leipzig ist mehr als die City. Diese Mutter aller Grundeinsichten ist in Vergessenheit geraten. Und dafür haben die stolzen Bürgerinnen und Bürger ein waches Gespür. Wer sich wie Jung darin sonnt, der erste Bürger dieser Stadt zu sein, der übersieht, wie reif die Zeit für eine erste Bürgerin ist. Barbara Höll ist *die* Frau für Leipzig.

Dr. Volker Külöw

Erhöhung der Platzkapazitäten in Kitas muss schneller und umfangreicher erfolgen

Die Situation in den Kindertagesstätten in Leipzig spitzt sich weiter zu. Praktisch sind seit Januar diesen Jahres alle Plätze sowohl in der Krippe und Tagespflege als auch im Kindergarten, wo jetzt schon der Rechtsanspruch gilt, ausgebucht. Erst im August, wenn Kindergartenkinder in die Schule wechseln, sind für einen immer kleineren Zeitraum freie Kapazitäten zu erwarten. Verschärfend kommt hinzu, dass fest geplante Plätze nicht zur Verfügung stehen, weil vorgesehene Investitionen gar nicht oder nicht fristgerecht umgesetzt werden. Laut Anfrage unserer Fraktion in der Ratsversammlung im Mai 2012 werden voraussichtlich von 1.435 geplanten Plätzen in Neu- und Ersatzbauten sowie durch Erweiterungen in bestehenden Einrichtungen lediglich 617 geschaffen. Die jährliche Bedarfsplanung der

Stadtverwaltung wird damit immer mehr zur Makulatur. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag ins Verfahren gebracht. Darin wird die Verwaltung aufgefordert, den aktuell tatsächlichen Bedarf zu ermitteln und auf der Grundlage dessen die Bedarfsplanung zu erarbeiten. Die gegenwärtige Ermittlung von Nutzungsquoten – wobei auf die Zahlen aus dem jeweiligen Vorjahr zurückgegriffen wird – stellen den tatsächlichen Bedarf nicht dar. Sie verschleiern eher die konkrete, zum Teil dramatische Situation.

Ausgehend von belastbaren Zahlen fordern wir des Weiteren die Verwaltung auf, das Investitionsprogramm Kindertagesstätten auf der Grundlage eines Maßnahmenplanes zu präzisieren und die Umsetzung zu beschleunigen. Die Erhöhung der Platzkapazitäten muss

schneller und umfangreicher erfolgen als gegenwärtig angedacht. Gelingt dies nicht, so droht der Stadt eine Klagewelle, da ab dem 1. August 2013 alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz haben. Im Zweifelsfall muss die Kommune den anspruchsberechtigten Eltern den Verdienstausfall ersetzen.

Juliane Nagel
Kinder- und Jugendpolitische
Sprecherin

Rüdiger Ulrich
stellv. Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Dankeschön!

Ein großes Dankeschön allen Genossinnen, Genossen, Sympathisanten und parteilosen Antifaschisten die sich an der Spendenaktion für das traditionelle Antifa-Treffen in Mala Upa beteiligt haben.

24 Teilnehmer aus Leipzig, werden zur 90.Kundgebung am 25. August ihren Willen zur Gestaltung einer menschenwürdigen, von kapitalistischer Ausbeutung befreiten Gesellschaft zum Ausdruck bringen und für soziale

Gerechtigkeit und Solidarität eintreten.

Die erhöhte Teilnehmerzahl von tschechischen, polnischen und deutschen Freunden am Jubiläumstreffen und die kulturelle Umrahmung erfordert von den tschechischen Genossen einen größeren Aufwand. Wir werden deshalb zu dem am Abend stattfindenden Freundschaftstreffen dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Trutnov und Mitglied des ZK der KSCM, Genossen Jaroslav Ondracek zur Unterstützung

des Treffens 10 000 Kronen übergeben können.

Nochmals ganz herzlichen Dank an alle Spender die zum erfolgreichen Gelingen des Treffens beitragen.

Die Initiativgruppe

Studenttage der Fraktion GUE/NGL in Kopenhagen vom 06.-08. Juni 2012

Die GUE/NGL machte mit ihren Studententagen, anlässlich der dänischen EU-Ratspräsidentschaft, in Kopenhagen Station. Organisiert hatten diese der dänische MdEP Søren Søndergaard und sein Team.

Wichtige Programmpunkte waren neben der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, das Thema der Regierungsbeteiligung linker Parteien in den unterschiedlichen EU-Staaten. Den Auftakt machte Asbjørn Wahl, linker Gewerkschafter und Autor mehrerer Publikationen über die Linke und Regierungen. So argumentierte der Norweger gegen das linke Mitregieren, da die dortige Regierungsbeteiligung die radikale Linke geschwächt und eine neoliberale Politik erst möglich

gemacht habe. Andere Erfahrungen haben beispielsweise die zyprischen und finnischen Linken gemacht.

„Ist der Euro die Lösung oder Teil des Problems?“ Mit dieser Frage setzte sich Henrik Herlev, Ökonom und Herausgeber der Zeitschrift „Kritisk Analyse“, auseinander und beschrieb die Euro-Krise aus der skandinavischen Perspektive. Kenneth Haar vom Corporate Europe Observatory sprach über die Finanz-Lobby in der EU und darüber, dass die Regeln der Bankenregulierung durch Vertreter der Banken bzw. Lobbyisten aufgestellt wurden. Haar forderte eine Überarbeitung des Systems von Expertengruppen in der Europäischen Kommission, ein verpflichtendes Register für Lobbyisten

in Brüssel und eine Verbesserung der Regelungen zum Zugang zu Dokumenten. Einen großen Teil der gemeinsamen Diskussionen nahmen Themen der globalen Erwärmung und Umweltprobleme ein. So forderte der Begründer der Kampagne gegen den Klimawandel Gareth Dale, eine Million grüne Arbeitsplätze in Großbritannien und beklagte, dass die EU ihre klimafreundlichen Ziele nicht erreichen wird. Anders Olesen von der Gewerkschaft BygSam erklärte, dass wir eine Wende in der Weltwirtschaft zur nachhaltigen Produktion brauchen. Denn gerade die Produktion von Waren und der ständig steigende Energieverbrauch werden die Klimakrise noch verschärfen.

weiter Seite 3

DIE LINKE beantragt Beitritt Leipzigs zur Kampagne „Vermögenssteuer jetzt!“

Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Antrag ins Verfahren, der darauf abzielt, dass sich die Ratsversammlung eindringlich für die Einführung einer Vermögensteuer ausspricht und öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt!“ beiträgt. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister aufgefordert, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögensteuer einzusetzen. Durch die Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat sich die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte bei allen Gebietskörperschaften dramatisch

verschlechtert, während gleichzeitig die Privatvermögen beträchtlich angewachsen sind. Privater Reichtum und öffentliche Armut bedingen einander. Die Einführung einer Vermögensteuer kann hier ein wichtiger Baustein zur Lösung der daraus resultierenden Probleme sein. Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet: Von Heiner Geißler über Andrea Nahles bis Sven Giegold wird die Initiative „Vermögensteuer jetzt“ parteiübergreifend unterstützt. Leipzig könnte durch den Beitritt ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der

angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen.

Sören Pellmann
Fraktionsvorsitzender

Fortsetzung von Seite 2

Beim Besuch des Flughafens Kopenhagen stellten Management und Gewerkschaft ihre Initiative für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Bodenpersonals, insbesondere den Schutz vor Feinstaub zur Diskussion. Die Gewerkschaft 3 F berichtete von ihrem Kampf gegen RyanAir, die durch die Aktionen der Gewerkschaften bis heute noch keine Landeerlaubnis in Kopenhagen haben.

Jan Scholz-Karas

Zustimmung zu neuen Standortvorschlägen für kleinteilige Unterkünfte für Flüchtlinge

Mit den am 3. Juli 2012 vorgelegten Änderungen zum Unterbringungskonzept greift die Stadtverwaltung die Vorschläge des Änderungsantrages der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD auf. Dieser Antrag sah die Reduzierung der Personenanzahl in Wahren/Pittlerstraße von 70 auf 36 sowie in Grünau/Weißdornstraße von 180 auf 50 und in Portitz von 35 auf 17 Plätze vor.

Die Linksfraktion begrüßt die Änderungen der Stadtverwaltung, insbesondere den Entschluss, nun gänzlich Abstand vom Standort Weißdornstraße in Grünau zu nehmen. Dieses Objekt war ursprünglich als neue Massenunterkunft konzipiert worden und widersprach der Maßgabe, nach Schließung des Heimes in der Torgauer Straße nur noch kleinteilige Unterkünfte zu schaffen.

Zur Dimension des neuen Standortes in der Riebeckstraße hat die Linksfraktion noch Beratungsbedarf. Mit der geplanten Unterbringung von 70 Menschen in einem Haus widerspricht die Verwaltung wiederum dem Kriterium, nicht mehr als 50 Asylsuchende an einem Ort unterzubringen. Auf der anderen Seite ist die Situation insofern akut, als dass die Stadt ausreichend Kapazitäten für neu in Leipzig ankommende Flüchtlinge schaffen muss.

Es bleibt zu hoffen, dass im Zuge der laufenden Standortprüfung weitere Objekte gefunden werden, die der Maßgabe einer menschenwürdigeren Unterbringung von Flüchtlingen entsprechen.

Die Linksfraktion unterstreicht des Weiteren die grundsätzliche Forderung nach einer Trendwende bei der Unterbringung von Flüchtlingen, wie sie auch im genannten Änderungsantrag der drei Fraktionen als Beschlusspunkt formuliert ist. Demnach ist das Hauptziel, allen Flüchtlingen die Möglichkeit zu eröffnen, selbstbestimmt in Wohnungen zu leben. Dazu muss die Landesregierung das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz ändern und die Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften streichen.

Juliane Nagel
Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik
Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat

Unsere Bildungsabende im September und Oktober 2012

1. Bildungsabend am 19.09.2012, 18.00 Uhr

Thema: DIE LINKE eine Volkspartei und eine Interessenspartei – eine Konstruktion/Fiktion oder ein Problem
Diskussionspartner: Stefan Hartmann, Mitglied im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE
Ort: Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a
Beginn: 18.00 Uhr, Dauer c a. 2 Stunden.

2. Bildungsabend am 17.10.2012, 18.00 Uhr

Thema: Zur Situation in Russland nach der Wahl Putins
Diskussionspartner: Jan Weien, Mitarbeiter des Landtagsabgeordneten Dr. Volker Külow
Ort: Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a
Beginn: 18.00 Uhr, Dauer ca. 2 Stunden.

„Ich hoffe, dass ich Menschen Kraft gegeben habe.“

Diesen Ausspruch von Uwe-Jens Heuer haben die Herausgeber Ekkehard Lieberam und Jochen Traut der im Mai 2012 erschienenen Gedenkschrift zu Ehren des am 22. Oktober 2011 verstorbenen „Rechtswissenschaftlers und Sozialisten“ vorangestellt. Die Gedenkschrift enthält die Trauerreden von Klaus Heuer, Frederike Heuer, Gregor Gysi und Hermann Klenner, zahlreiche Nachrufe, eine Auswahlbibliographie sowie Auszüge aus seiner Autobiographie, seinen Büchern und Schriften, Artikeln, gerade auch aus seinen Volkskammer- und Bundestagsreden. In einem besonderen Abschnitt werden Erinnerungen an und Anekdoten über Heuer erzählt. Deutlich wird seine wissenschaftliche Lebensleistung, seine Unbeugsamkeit, sein Kampf um Wahrheit und Wahrhaftigkeit, seine Klugheit und Schlagfertigkeit als Rechtswissenschaftler wie auch als Politiker.

Zum Mainstream der Staats- und Rechtswissenschaft der DDR gehörte Heuer nicht. Es spricht für die DDR, dass sich trotzdem dort seine außergewöhnliche intellektuelle Produktivität entfalten konnte. Hermann Klenner traf in seiner Trauerrede das markante Urteil: „Und wenn ich ihn über seinen

Platz, in dem, was er gewesen ist, charakterisieren will, vom Standpunkt der Wissenschaft, dann möchte ich sagen, er ist der wichtigste Rechtswissenschaftler deutscher Zunge der letzten 60 Jahre.“

Die Gedenkschrift vermittelt einen interessanten Einblick in Heuers theoretisches Denken, in sein Verständnis eines lebendigen Marxismus. „Marxist ist nur derjenige, der diese sich immer weiter entwickelnden Erkenntnisse (hinsichtlich einer Wissenschaft der humanitären Veränderung der Gesellschaft – V.K.) teilt, sie überprüft, an ihrer Umsetzung mitarbeitet.“ Sein eigener Beitrag dazu war: Heuer konzipierte in der DDR ein sozialistisches Wirtschaftsrecht, wirkte am Neuen Ökonomischen System (NÖS) mit, formulierte in Artikel 41 der DDR-Verfassung von 1968 ein noch heute tragfähiges Konzept sozialistischer Wirtschaftsdemokratie und entwickelte eine heute höchst aktuelle marxistische Theorie der Demokratie, die für die Eigenständigkeit der Demokratiefrage und einen allgemeinen Demokratiebegriff als „Messlatte“ plädiert, die Demokratie vom Eigentum her, aber immer auch als

Inhalt und Form definiert, die Geschichte und Politik als Kampf um Klasseninteressen und Demokratiebedürfnisse, als immer wieder stattfindende Premiere, als Wahl zwischen Alternativen im Rahmen gegebener Möglichkeitsfelder und so als Dialektik von Basis und Überbau, aber auch als Dialektik des Überbaus selbst versteht.

Die Gedenkschrift bringt auch Aussagen und Wortgefechte aus Reden im Bundestag, in denen sich Uwe-Jens Heuer mit der ihm eigenen Sprachmächtigkeit gegen die Verscherbelung der volkseigenen Betriebe, gegen Angriffe auf die Bodenreform, gegen die Kriminalisierung der DDR als Unrechtsstaat und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr wandte. Deutlich werden seine Verdienste um eine tragfähige linke Verfassungskonzeption und um eine taugliche antikapitalistische Programmatik nach der großen Niederlage der Jahre 1989ff. Die Gedenkschrift kann im Liebknecht-Haus in der Braustraße 15 für vier Euro erworben – oder falls der Vorrat nicht reicht - über den pad-verlag@gmx.net bezogen werden.

Dr. Volker Külow

„Uwe und E nahmen nach der ‚Wende‘ an der Trauerfeier in Gedenken an den allzu früh verstorbenen Verwaltungsrechtler B teil. B war in der DDR ein konsequenter Kämpfer für einen sozialistischen Rechtsstaat. Schwierigkeiten mit der ‚Obrigkeit‘ nahm er in Kauf. Mit den Herrschaftsverhältnissen in der BRD allerdings hatte er in der DDR wie auch danach nichts am Hut. Nach der Trauerrede seines Sohnes war aus ihm unversehens ein ‚Held der westlichen Welt‘ in der DDR geworden. Uwe folgte der Einladung zur sich anschließenden Trauerrunde nicht. Sein Kommentar gegenüber E: ‚Gedenken wir B, wie er wirklich war – in der nächsten Gaststätte.‘“

Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer

1927 - 2011

Rechtswissenschaftler und Sozialist



„Ich hoffe, dass ich Menschen Kraft gegeben habe.“

Friedenspolitischer Abend der LINKEN Leipzig

Die Friedenspolitik ist für die Linke (und vorher die PDS) schon seit Anbeginn ein Markenkern, der vielen Genossinnen und Genossen besonders am Herzen liegt. Im letzten Jahr haben wir als Stadtverband eine neue Tradition begründet: Mit dem friedenspolitischen Abend wollen wir Mitgliedern, Sympathisanten und Friedensbewegten eine Möglichkeit geben, mit kompetenten Gästen über friedens- und außenpolitische Themen zu diskutieren. Letztes Jahr hatten wir mit Gästen wie Prof. Peter Strutynski (von der Friedensbewegung), sowie Tobias Pflüger und Gerry Woop (vom Parteivorstand) rege Diskussionen u.a. zu den friedenspolitischen Aussagen im Programm unserer Partei. Auch in diesem Jahr gibt es wieder interessante Themen.

Wie immer startet der friedenspolitische Abend mit einem interessanten Dokumentarfilm: 2007 entstand die Dokumentation ‚Warmade easy‘. Der Film untersucht an aktuellen Beispielen, mit welchen Mitteln

und Manipulationen verschiedene US-Regierungen versuchten und versuchen, US-Interventionen und Kriege zu rechtfertigen. Der bekannte kritische Hollywood-Schauspieler Sean Penn war an der Produktion dieses Films beteiligt.

Danach gibt es zwei Panel mit kompetenten Gästen zu zwei Themen, einmal zum Widerstand gegen, und zur Konversion von, Militärstandorten. Claudia Haydt wird hier die praktischen kommunal-politischen Aspekte diskutieren, v.a. ob eine Standortschließung immer negative Folgen für die Kommune haben muss. Karin Schrappe (Weimar) wird einige Initiativgruppen vorstellen, die gegen Militärbasen kämpfen, und insbesondere über die Aktivitäten der Ohrdruffer Initiative berichten.

Thema des zweiten Panels ist die erneut heraufziehende Gefahr eines Krieges mit dem Iran, die durch die Geschehnisse in Syrien weiter aktuell bleibt. Unser Gast Pashareh

Henning-Heidari aus dem Iran wird uns einen Bericht aus erster Hand über die innenpolitische Debatte zu Krieg und Frieden im Iran geben können, und Alexander Neu von der Bundestagsfraktion wird zur aktuellen inter-nationalen Entwicklung im Atomstreit mit dem Iran Stellung nehmen.

Ein Abschlusspodium wird den Abend beschließen. Für das leibliche Wohl wird auch gesorgt sein. Das ganze findet statt, wie könnte es anders sein, am Vorabend des Weltfriedentages, also am Freitag, dem 31.8. ab 17.00 Uhr im Liebknecht-Haus in Leipzig, Braustraße 15. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Thomas Kachel & Gruppe Frieden und Gedenken des Stadtverbandes Leipzig

Leipzig-Tour mit den Bundestagsabgeordneten Barbara Höll und Axel Troost

Die Abgeordneten auf dem Augustusplatz in Leipzig

Unter dem Motto: „Solidarische Alterssicherung - Kein falsches Spiel mit der Rente“ zirkulierten die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Dr. Barbara Höll und Dr. Axel Troost mit dem Infomobil der Fraktion durch Leipzig und Umgebung und sprachen mit den Menschen vor Ort.

Die Haltepunkte waren:

- 10:00 - 12:00 Uhr beim Mockau-Center, Mockauerstr. 123, Leipzig
- 13:00 - 15:00 Uhr auf dem Augustusplatz in Leipzig
- 16:00 - 18:00 Uhr Markranstädt, Marktplatz.

Großandrang beim Mockau Center, die LeipzigerInnen zeigten sich sehr

interessiert und gewährten den Abgeordneten einen Blick in ihre Lebenslagen, dabei konnten interessante Fragen sofort beantwortet werden und andere wurden als Anregung für die weitere parlamentarische Arbeit mit aufgenommen. Barbara Höll ging auf die Menschen zu und informierte sie nicht nur über die Aktivitäten der Fraktion sondern auch über ihre Bürgerbüros vor Ort in Leipzig. Einige LeipzigerInnen wollten natürlich die Gelegenheit nutzen und Barbara Höll als OBM-Kandidatin persönlich kennen zu lernen.

Beim Halt auf dem Augustusplatz meinten es die Wettergötter schon fasst zu gut mit dem Team, unter südlichsten Sommertemperaturen verteilten alle die „Klar“. Axel Troost tauschte sich mit jungen LeipzigerInnen über Fragen wie: „Das kann man ja ehe nicht finanzieren,“ oder „Woher nehmen sie den das Geld dazu?“ Bei solchen Fragen kommt

Axel Troost richtig in Fahrt und man sieht buchstäblich, dass das Engagement und die Argumente bei den ZuhörerInnen Eindruck hinterließ.

Und schwupps war es schon 15 Uhr und das Team flitzte weiter nach Markranstädt.



Aufgeblähte Rettungsschirme werden nichts nützen

Finanztransaktionssteuer:

Ein richtiger Grund zur Freude, wäre es für mich, wenn noch in diesem Jahr ein Beschluss des Bundestages gefasst würde, die Finanztransaktionssteuer einzuführen, zur Not auch erst einmal in Deutschland und Frankreich. Das Misstrauen gegenüber der FDP diese noch mit einem Schlupfloch zu torpedieren ist aber vorhanden.

Schuldenbremse:

Die europäische Fortschreibung von Schuldenbremsen wird notwendige Investitionen verhindern. Wenn in der jetzigen Situationen dann noch Altschulden getilgt werden sollen, wird Europa weiter in die Rezession abdriften.

ESM und Fiskalpakt:

Das Budgetrecht der Parlamente durch den ESM und Fiskalpakt soll noch weiter eingeschränkt werden. Daher haben wir, als Bundestagsfraktion, mit Eilanträgen die Ratifizierung des Fiskalpakts und des ESM vor dem Bundesverfassungsgericht gestoppt.

Den ESM und den Fiskalpakt jetzt einfach im Parlament abzusegnen, halte ich angesichts der umstrittenen Wirkungen sowie der nicht kalkulierbaren Risiken für Deutschland und Europa sowie der Verantwortung, die ich gegenüber den Bürgerinnen und Bürger dieses Landes habe, für nicht vertretbar.

Fakt ist, die alleinige Aufstockung der Rettungsschirme konnte die Krise bisher nicht lösen.

Lösungen:

Was wir definitiv vorrangig brauchen, ist eine vernünftige Regulierung der Finanzmärkte, in der Art und Weise, dass unsinnige Finanzspekulationen gegen Staaten verhindert werden und die Finanzmärkte auf ihre eigentlichen Funktionen zurückgestutzt werden.

Auch gehört in den Lösungskatalog eine gerechtere Verteilung von großen Vermögen, eine europaweite Vermögensabgabe

wäre hier eine Option.

Angesichts des Auseinanderdriftens der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedsstaaten braucht es eine Koordination der Wirtschaftspolitik innerhalb Europas und endlich eine Stärkung der Deutschen Binnennachfrage.

Verlierer und Gewinner:

Es muss dafür Sorge getragen werden, dass endlich einmal diejenigen, die von der Krise profitiert, bzw. sie verursacht haben, zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden.

Das darf nicht alles auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgewälzt werden. Und was die Finanzierung angeht, mangelt es ja nicht an Finanzvermögen. Selbst in Krisenzeiten wuchs die Anzahl der Millionäre, wie eine jüngste Veröffentlichung des Beratungsunternehmens Capgemini und der Royal Bank of Canada zeigt. Demnach stieg die Anzahl der Millionäre in Deutschland im Jahr 2011 um rund 3% im Vergleich zum Vorjahr auf über 950.000. Hierbei sind selbstgenutzte Immobilien, Kunstschatze und Luxusautos noch nicht einmal berücksichtigt.

Kontrolle ist wichtig, da sind wir uns wohl alle einig, aber das Absprechen von Souveränitätsrechten geht zu weit. Ich vermute mal, das sich die Bundesregierung, sollte Deutschland einmal in eine ähnliche schwierige finanzielle Lage kommen, dem nicht zustimmen würde, was derzeit von Griechenland verlangt wird.

Auch ist es volkswirtschaftlich absurd, zum einen werden Griechenland von außen Sparmaßnahmen vorgegeben, diese führen jedoch zur Destabilisierung des Steuervolumens, zum anderen verlangt man von Griechenland, das es seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert, dazu bedarf es aber Steuereinnahmen.

Fakt ist:

Die Sparmaßnahmen sind für die Binnennachfrage Griechenlands volkswirtschaftlich schädlich.

Die Bundeskanzlerin sagte zu Beginn der Krise in Deutschland, jetzt dürfe nicht gespart, sondern es müsse investiert werden. Das sie jetzt von Griechenland das Gegenteil verlangt ist ökonomisch unverständlich.

In Sachen Historische Erfahrungen bezüglich Transformation zur Marktwirtschaft oder im Bereich Entwicklungspolitik stellte die Stiftung Wissenschaft und Politik (SPW) übrigens kürzlich fest, dass von außen verordnete Reformen scheitern werden. Gesellschaften müssen ihre Entwicklungsstrategien selbst formulieren.

Die Verantwortung gehört nach Athen. Allerdings sehe auch ich in Griechenland dringenden Reformbedarf, beispielsweise in der Steuerverwaltung. Auch muss sich Griechenland die Frage gefallen lassen, ob ein so hoher Rüstungshaushalt notwendig ist. Hier könnte ohne weiteres gespart werden.

www.barbara-hoell.de

Dr. Barbara Höll



Zur Haushaltssperre der Stadt Leipzig vom 09.07.2012

Die Haushaltssperre für den laufenden Haushalt war mit der Verabschiedung im Dezember 2012 seitens der Verwaltung scheinbar einkalkuliert (Die Fraktion Die Linke enthielt sich der Stimme).

Die avisierten Defizite im Ergebnishaushalt von ca. 60,7 Mill. EUR (ohne Verbesserung/ Hinzurechnung von 38,0 Mill. EUR Auflösung von Sonderposten, siehe Genehmigungsbescheid der LDL S.6 v. 31.05.12) und im Finanzhaushalt von ca. 24,7 Mill. EUR (24,7 Mill. EUR , Entnahme aus Liquiditätsreserve, siehe HH-Plan 2012 , S.7) sind seit dem bekannt.

Der Eingang der Tilgungsrate aus dem Gesellschafterdarlehen (Stadt Leipzig/ LVV) in Höhe von 10,0 Mill. EUR in

2012 zu Gunsten des städtischen Haushaltes dürfte aus unserer Sicht wenig wahrscheinlich sein. Hier besteht eher die Hoffnung, dass Forderungen der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) an die Stadt bezüglich der Sicherung des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages in diesem Jahr ausbleiben.

Mit dem nahtlosen Übergang von vorläufiger Haushaltsführung in eine Haushaltssperre für den gesamten Haushalt der Stadt Leipzig dürfte eine stringente Umsetzung von Investitionen hemmen und den Bereich der freiwilligen Ausgaben leider bremsen.

Somit sollte die Frage von der Verwaltung ggf. beantwortet werden, welche

Maßnahmen aus dem Haushalt 2012 nicht umgesetzt werden sollen. Hier wäre die Einbeziehung der Stadträte dringend geboten.

Leider liegen uns bis heute keine unterjährigen Zahlen aus der Durchführung des laufenden Haushaltes , u.a. mit den Angaben ggf. zu dem Mehr- bzw. Mindereinnahmen sowie Mehr- und Minderausgaben vor. Dies wäre allerdings für die Beurteilung der aktuellen Lage unbedingt notwendig.

S. Wehmann
Haushaltspolitischer Sprecher
Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat

Wahlstab berufen

Auf der Sitzung des Stadtvorstandes am 10. Juli wurden folgende GenossInnen in den Wahlstab für die OBM-Wahl 2013 berufen:

- Marco Böhme
- Ricky Burzlaff
- Steffi Deutschmann
- Elke Gladysz
- Nadja Guld
- Kay Kamieth
- Steffen Klötzer
- Siegmund Mai
- Pia Witte

Arbeitsgruppe Kommunikationskonzept

Zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Kommunikationskonzept haben sich folgende GenossInnen bereiterklärt:

- Marco Böhme
- Gerd Eiltzer
- Steffi Deutschmann
- Nadja Guld
- Steffen Juhran
- Marianne Küng
- Maren Müller
- Peter Vonstein
- Pia Witte

Die Arbeitsgruppe mit den oben genannten Mitgliedern wurde vom Stadtvorstand auf der Sitzung am 10. Juli 2012 bestätigt.



- ▶ KAOS Spielmobil mit Rollenrutsche
- ▶ Skateboardfahren
- ▶ Kinderschminken
- ▶ Modelleisenbahn
- ▶ Fußballturnier
- ▶ Tischhockey
- ▶ Stelzenlauf
- ▶ Jonglieren
- ▶ Glücksrad
- ▶ Trampolin
- ▶ Basteln
- ▶ Malen

Leibliche Wohl:

- ▶ Kuchen
- ▶ Bratwurst
- ▶ Getränke

Für Kinder kostenlos!!!



7. Leutzscher Kinderfest

28. Juli 2012, 14 - 17.00 Uhr

im Park am Wasserschloß

Mit freundlicher Unterstützung von
www.kabeldeutschland-leipzig.de und www.leutzscher-zwerge.de

DIE LINKE.
 Leutzsch / Lindenau
Mit freundlicher Unterstützung

LINKE nimmt Sorgen wegen neuen GEMA-Gebühren sehr ernst und sucht den Dialog mit der Leipziger Musikszene

Die Leipziger LINKE teilt die Sorge der Veranstalter und Clubbetreiber in unserer Stadt, dass die Umsetzung der geplanten Tarifierhöhungen der GEMA viele Musikeinrichtungen in enorme finanzielle Bedrängnis bringen würde. Die vorgelegte Tarifreform der GEMA ist dem Erhalt einer kulturell vielfältigen Diskotheken-, Club- und Musikszene bundesweit abträglich und würde gerade Leipzig mit seiner reichhaltigen und jungen Kulturlandschaft besonders hart treffen.

Ansichts dieser existenziellen Gefährdungen sehen wir auf verschiedenen Feldern dringenden Handlungsbedarf und werden daher auf allen parlamentarischen Ebenen, insbesondere natürlich auf Bundesebene, aktiv. Zunächst sehen wir erheblichen Änderungsbedarf hinsichtlich des Verfahrens der

Tarifaufstellung. Das gilt ebenso für den Bereich der Geräteabgabe. Die parallel zu den Tarifen für Musikveranstaltungen veröffentlichten Pläne, die Pauschalabgaben beispielsweise auf USB-Sticks massiv zu erhöhen, sind unseres Erachtens ebenfalls unangemessen. Darüber hinaus fordern wir eine Demokratisierung des Systems der Verwertungsgesellschaften. Erforderlich ist die Gewährleistung einer demokratischen Teilhabe aller Wahrnehmungsberechtigten – insbesondere der nicht etablierten Künstler und Urheber sowie der Kleinveranstalter – in den Entscheidungsgremien und bei der Verteilung der Einnahmen.

Die Einladung der GEMA zu einem „Runden Tisch“ und das von ihr eingeleitete Schiedsstellenverfahren zu den neuen Tarifen werten wir

als ein erstes positives Signal zur Gesprächsbereitschaft. Die Leipziger LINKE wird diesen Prozess weiter aufmerksam verfolgen, mit ihren Möglichkeiten kulturpolitisch befördern und verstärkt den Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren der Leipziger Musikszene suchen.

Dr. Skadi Jennicke, Stadträtin
Kulturpolitische Sprecherin
Dr. Volker Külöw, MdL
Kulturpolitischer Sprecher
Dr. Barbara Höll, MdB
OBM-Kandidatin

Arbeitsplan des Stadtvorstandes September bis Dezember 2012*

Monat	Thema
11. September 2012	<ul style="list-style-type: none"> • SV im Dialog mit den Leipziger Mitgliedern im Landesrates • Bericht Coachinggruppen 10 mal 10 • Beschlussfassung Wahlkampfstrategie/Wahlkampffonds • Abrechnung Finanzen 2. Quartal • Bericht Sommerakademie
9. Oktober 2012	<ul style="list-style-type: none"> • SV im Dialog mit der AG Betriebe und Gewerkschaften • Beschluss Dokumente Stadtparteitag (Positionspapier Mittelstand, Entwurf Ordnungs- und sicherheitspolitische Leitlinien, Finanzplan 2013) • Vorbereitung der Beratung mit SBB, OR • Vorbereitung Nikolausfest Lindenauer Markt
13. November 2012	<ul style="list-style-type: none"> • SV im Dialog mit der AG Soziale Politik • Auswertung Landesparteitag • Vorstellung überarbeiteter Referentenkatalog • Verbraucherschutz für Leipziger Bürgerinnen und Bürger • Abrechnung Finanzen 3. Quartal
11. Dezember 2012	<ul style="list-style-type: none"> • SV im Dialog mit der AG Sport und Bildung • Vorbereitung Liebknecht-Luxemburg-Ehrung • Bericht zur Arbeit mit Neumitgliedern

*beschlossen auf der Vorstandssitzung am 10. Juli 2012

Fraktion im Bundestag gründet Wohnungsgenossenschaft FAIRWOHNEN

Am 13. April 2012 gründeten Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion die Wohnungsgenossenschaft FAIRWOHNEN in Berlin.

Ein Witz wie der haushaltspolitischen Sprecher der SPD unser Vorhaben kritisierte? Mitnichten! Wir meinen es ernst! Am 16. April 2012 haben wir fristgerecht unser Interesse am Erwerb der TLG Wohnen GmbH gegenüber dem Bundesfinanzministerium bekundet, der erste Schritt um am europaweitem Bieterverfahren teilnehmen zu können. Denn der Bund will dieses Unternehmen, welches den Restbestand der in den fünf ostdeutschen Bundesländern überwiegend aus dem früheren volkseigenem Vermögen der DDR stammenden 11.500 Wohnungen bewirtschaftet, möglichst gewinnbringend abstoßen.

Obwohl die TLG Wohnen gut wirtschaftet, besteht laut Bundesregierung kein "wichtiges Bundesinteresse". Deshalb soll alles im Paket verkauft werden. Weder die Fabrikstraße in Bautzen, noch die Friebeistraße in Dresden oder die Kleiststraße in Leipzig können von den Kommunen oder von kommunalen oder regionalen Wohnungsgesellschaften übernommen werden. Freie Fahrt den Heuschrecken, den großen internationalen Finanzinvestoren, nach diesem Motto handelt die Regierung.

Die drängenden Fragen der Betroffenen lässt sie jedoch außer Acht.

Was wird mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens?

Welcher Schutz soll Mieterinnen und Mieter gewährt werden?

Brauchen wir nicht gerade in der Situation des zunehmenden Wohnungsmangels und des sich damit ständig teuer werdenden Wohnraums, insbesondere in den Großstädten, einen kommunalen Wohnungsbestand, um

politisch gestalten und auch bezahlbaren Wohnraum bieten zu können?

Die Dollarzeichen in den Augen machen die Regierung offenkundig blind! Wir sind das nicht! Für uns ist Wohnen ein elementares Menschenrecht und gehört zur Würde des Menschen. Daraus leitet sich der Zweck unserer Genossenschaft unmittelbar ab. Durch eine gute, sichere und sozial vertretbare Wohnungsversorgung mit Mietwohnungen wollen wir die Mitglieder von FAIRWOHNEN fördern.

- Eine deutsche Bankengruppe ist von diesem Konzept überzeugt und wird uns langfristig begleiten. Nun brauchen wir die Unterstützung möglichst vieler Mieterinnen und Mieter, interessierter Bürgerinnen und Bürger, um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen. In den nächsten Wochen werden wir unser Anliegen vor Ort in allen betroffenen Regionen vorstellen. Am 26.6.2012 machten wir dazu in Leipzig

halt und informierten ausführlich über das Projekt. Weitere Informationen können Sie unserer Internetseite www.tlg-fairwohnen.de entnehmen und bei Fragen schreiben Sie uns doch eine Mail unter info@tlg-fairwohnen.de.

Eine große Genossenschaft zu gründen, zum Schutz und im Interesse der Mieterinnen und Mieter sowie mit der Zielstellung mittel- bis langfristig ihnen in Form von regionalen Genossenschaften die Verantwortung zu übertragen, lohnt jeden ehrenamtlichen und unentgeltlichen Aufwand. Er ist im Jahr der Genossenschaften wohl platziert.

Packen wir es gemeinsam an!

Ihre Barbara Höll, Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Wohnungsgenossenschaft FairWohnen

www.tlg-fairwohnen.de



Einberufung der 2. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Die 2. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE Leipzig wird für Samstag, den **17. November 2012, 9:00 bis 18:00 Uhr** einberufen. Die Konferenz findet im Veranstaltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
3. Referat des Vorsitzenden
4. Einbringung des Entwurfs der Ordnungs- und sicherheitspolitischen Leitlinien
5. Diskussion
6. Verabschiedung des Positionspapiers Linke Mittelstandspolitik in Leipzig
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Wahlen:
 - Delegierte zum Landesparteitag 2013/14
 - Mitglieder Landesrat
 - Nachwahl eines Mitgliedes der Schlichtungskommission
9. Plan der Einnahmen und Ausgaben 2013
10. Anträge
11. Schlusswort

Jan Weien zum Wahlkampfleiter gewählt

Auf die Ausschreibung hin im Mitteilungsblatt für den Posten eines Wahlkampfleiters gingen die Bewerbungen von zwei Genossen ein. Kay Kamieth und Jan Weien bekundeten so ihr Interesse für das Amt.

Bei der Sitzung des Stadtvorstandes am 10 Juli 2012 hatten nun beide Kandidaten ausreichend die Gelegenheit sich vorzustellen, und ihre Ideen für einen erfolgreichen OBM-Wahlkampf zu präsentieren.

Bei der sich daran anschließenden geheimen Wahl durch die Mitglieder des Stadtvorstandes konnte sich Jan Weien durchsetzen. Damit steht der Wahlkampfleiter für die OBM Wahl 2013 fest, und DIE LINKE kann mit ihrer OBM Kandidatin Dr. Barbara Höll nunmehr in den Wahlkampf starten.

Dem neugebackenen Wahlkampfleiter wünschen wir an dieser Stelle für seinen verantwortungsvollen Job viel Erfolg und starke Nerven.
npw

Tod von Kindern durch Verwahrlosung Sachsens, Sozialministerin zeigte sich unwissend und desinteressiert

Der Leipziger Landtagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Volker Külow, erklärt zur Antwort der Sozialministerin auf seine Kleine Anfrage Zahl getöteter Kinder im Freistaat Sachsen (Landtagsdrucksache 5/9297)

Während sich die sächsische Sozialministerin Christine Clauß seit Wochen in der Öffentlichkeit als energische Aufklärerin im Fall des tragischen Todes einer jungen Leipziger Mutter und ihres Kleinkindes darstellt, ist die Beantwortung dieser Kleinen Anfrage vom 6. Juni 2012, die mittelbar mit diesem Thema zu tun hat und vor Bekanntwerden dieses beklemmenden Familiendramas gestellt wurde, von fataler Unwissenheit und von Desinteresse geprägt. Anlass der Anfrage war die vom Bundeskriminalamt (BKA) Ende

Mai 2012 vorgestellte Studie Gewalt gegen Kinder, in der sehr detailliert erschreckendes Zahlenmaterial zur Anzahl der seit 2002 jährlich in der Bundesrepublik getöteten und durch Verwahrlosung ums Leben gekommen Kinderausbreitet wurde (Gesamtzahl 1.935, durchschnittlich 200 Kinder pro Jahr). Leider sieht sich Frau Clauß nicht in der Lage, neben der Zahl der seit 2002 durch Gewaltdelikte getöteten Kinder in Sachsen (insgesamt 82) die Anzahl der im Freistaat durch Verwahrlosung um Leben gekommenen Kinder zu benennen, obwohl die BKA-Studie diese Zahlen offenkundig enthält bzw. sie auf der Basis von Angaben aus den Ländern erstellt wurde.

Noch merkwürdiger mutet aber die Unwissenheit von Frau Clauß bei der Beantwortung der Frage an, welche Forschungsprojekte zur sozialen Arbeit es in

Sachsen gibt, die auf die aktive Bekämpfung dieses bedrückenden gesellschaftlichen Problems und damit auf mehr präventiven Kinderschutz ausgerichtet sind. Hier verschweigt die Ministerin das Forschungsvorhaben an der HTWK Leipzig Tools für Soziale Arbeit verbindliche Standards für Kindswohlprüfbögen, das am 1. Oktober 2011 begann und leider vor seinem erfolgreichen Abschluss Ende September 2012 auslaufen wird.

Angesichts von so viel Ignoranz habe ich persönlich erhebliche Zweifel, ob Frau Clauß zur Aufklärung der tragischen Ereignisse in Gohlis viel beizutragen vermag.

Dr. Volker Külow

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro

MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

Bürgersprechstunden:

24. Juli 2012 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Dr. Skadi Jennicke Stadträtin

Bürgerbüro MdL Cornelia Falken

Coppistraße 63

14. August 2012 16.00Uhr bis 18.00 Uhr

Naomi-Pia Witte Stadträtin und

Dr. Volker Külow Landtagsabgeordneter

Stadtteilladen Leutzsch

Georg-Schwarz-Straße 122

1. August 2012 ab 17.00 Uhr

Carola Lange Stadträtin

Bürgertreff Volkmarisdorf

Konradstraße 60 a

28. August 2012 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Dr. Skadi Jennicke Stadträtin

Bürgerbüro MdL Cornelia Falken

Coppistraße 63

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr.

Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

5. September 2012 ab 17.00 Uhr

Carola Lange Stadträtin

Bürgertreff Volkmarisdorf

Konradstraße 60 a

5. Sept. 2012 16.00Uhr bis 18.00 Uhr

Naomi-Pia Witte Stadträtin und

Dr. Volker Külow Landtagsabgeordneter

Cafe Lindex

Lindenauer Markt 22

19. September 2012 ab 16.00 Uhr

Carola Lange Stadträtin

Bürgerverein Paunsdorf

Goldsternstraße 48

Zum Internetauftritt der AG Senioren

In die Adresszeile des Browsers eingeben:

www.die-linke-in-leipzig.de

dann -->Struktur -->Zusammenschlüsse

--> AG Senioren

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethoven-

straße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Termin

Forum der Fraktion DIE LINKE in Koope-

ration mit der VILLA am 19.07. 2012 um

19:00 Uhr im VILLAkeller, Lessingstraße

7 mit dem Thema:

Proberäume in Leipzig dringend gesucht!!!

Es diskutieren:

- Michael Faber, Kulturbürgermeister
- Markus Böhme, Bandcommunity Leipzig e. V.
- Dirk Tschentscher-Trinks, Bereichsleiter Musische Bildung in der VILLA
- Ein Bandmitglied, angefragt
- Julian Nagel, Stadträtin Fraktion DIE LINKE

Moderation:

Daniel Thalheim, Freier Journalist



Studientage der Fraktion GUE/NGL in Kopenhagen vom 06.-08. Juni 2012 siehe Artikel auf Seite 2




**IHRE
STIMME**

www.barbara-hoell.de

**DR.
BARBARA HÖLL**

DIE FRAU FÜR LEIPZIG

- ✓ ehrlich
- ✓ kompetent
- ✓ dynamisch

Am 27. Januar

DIE LINKE.

Dr. Barbara Höll im Gespräch mit den Bürgern Mittels einer Faltpostkarte (die Vorderseite davon ist oben abgebildet) will unsere OBM Kandidatin mit den Bürgern der Pleißestadt ins Gespräch kommen.

Der interessierte Bürger kann seine Gedanken und Wünsche auf die Rückseite der Postkarte notieren, und diese dann an die Kandidatin zurücksenden.

Mit der Sommertour von Dr. Barbara Höll wird der Startschuss für die Aktion gegeben, die Bürger sind aufgerufen sich rege daran zu beteiligen

Für die schnelle,
unaufschiebbare
Beratung:
Hartz IV
Notruftelefon
01578 – 352 20 14
Mo. bis Sa.
8:00 bis 20:00 Uhr

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Stolperstein:

Am Freitag, den 27. Juli um 13.45 Uhr wird in der Arthur-Hoffmann-Str. 150 der Stolperstein für

Arthur Hoffmann

gelegt. Alle GenossInnen sind dazu herzlich eingeladen.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand
Leipzig, Braustraße 15, 04107
Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Dr. Christina Mertha
Simon Zeise
Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Naomi-Pia Witte
Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 9/2012 ist Freitag, 31. August 2012. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.